



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/W

Fernsprecher 20951/52

22. Mai 1950  
Hannover, Georgstraße 33

## Hinweise auf den Inhalt:

|                                     |     |
|-------------------------------------|-----|
| Bericht über das Schumacher-Referat | S.1 |
| Bericht über das Ollenhauer-Referat | S.7 |
| Beiträge aus der Diskussion         | S.8 |

### "Die Sozialdemokratie im Kampf für Deutschland und Europa"

#### Schumachers grosses Referat auf dem Parteitag

Der erste Teil des den Parteitag politisch beherrschenden Referates des Vorsitzenden der Partei, Dr. Kurt Schumacher, war dem europäischen Gedanken gewidmet, also dem Thema, das in dieser Zeit wie kein anderes die Gemüter bewegt. Schumacher schuf bei dieser Gelegenheit volle Klarheit über den Inhalt und die Richtung der Politik seiner Partei auf diesem Gebiet. Den letzten Zweiflern wurde die Antwort erteilt und sie lautet: Europa - ja, vorausgesetzt, dass es ein Europa ist, das diesen Namen verdient.

Schumacher ging in seinen Ausführungen von dem Gedanken aus, dass Deutschland als Ganzes nicht aufgehört habe, zu existieren - keine Massnahme der Besatzungsmächte, keine deutsche Unsicherheit und auch nicht die Tatsache einer gegenwärtigen effektiven Teilung könne die Sozialdemokratische Partei an dieser Auffassung irre werden lassen. "Die Teilung Deutschlands ist ein Unglück für Europa und die Welt und die Einheit Deutschlands ist die grosse beherrschende Aufgabe der Demokratie in Europa und der Welt", sagte Dr. Schumacher. Was jetzt an Erleichterungen von den Alliierten gewährt worden sei, nannte Dr. Schumacher begrüssenswert, aber es sei doch in der Sache einfach der Ausdruck des Unvermeidbaren und Notwendigen, es seien "Erfolge", die jeder deutschen Regierung hätten gewährt werden müssen, um Deutschland als demokratischen Staat einigermaßen funktionsfähig zu machen.

Schumacher setzte sich dann für die beschleunigte Neuverteilung der Kompetenzen zwischen Grundgesetz und Besatzungsstatut ein. Die Sozialdemokratie sei bereit, jede Regierung zu unterstützen, die eine solche Neuverteilung im Sinne der Ausweitung der Zuständigkeiten des Grundgesetzes betreibt - die Initiative der Bundesregierung sei aber auch in diesem Punkt leider sehr schwächlich. Freilich dürften nur Fragen von allgemeiner politischer Bedeutung, die das ganze Volk angehen, die sachlichen Ausgangspunkte einer solchen Neuverteilung sein, nicht die In-

teressen einiger weniger kleiner Sondergruppen, denen die Regierung besonders nahe stehe. An solchen grossen, entscheidend wichtigen Anlässen mangle es nicht. Er nannte die Saar, die Ruhr, die Fragen Berlin und der deutschen Einheit und, ganz generell, "die grossen Prinzipien, nach denen ein lebensfähiges Deutschland organisiert werden kann". Drei Grundsatzforderungen seien bei der Revision des Besatzungsstatutes zu berücksichtigen:

1. die Reduzierung der wesentlichen alliierten Rechte auf den Generalnennner ihrer militärischen Sicherheit,
2. Die Konkretisierung der Tatbestände, für die ein Einspruchs- und Kontrollrecht vereinbart wird,
3. Vermeidung einer Rechtsetzung für die Alliierten, durch die sie in die Lage kämen, Tatsachen zu schaffen, die ihrem Wesen nach erst Inhalt eines Friedensvertrages sein können.

Aus verschiedenen Gründen sei die Sozialdemokratie gegen einen Friedensvertrag mit einem Teil von Deutschland, wohl aber für die Schaffung eines Friedenszustandes. Von dem sei man freilich noch ziemlich weit entfernt, auch nach den letzten Vereinbarungen in London, obwohl die dort in dieser Hinsicht zutage getretenen Tendenzen begrüssenswert gewesen seien.

Übergehend zu dem Verhältnis von weitgehender internationaler Zusammenarbeit und nationaler Selbständigkeit, erklärte Dr. Schumacher: "Wir Deutsche sind nicht geneigt, im Nationalstaat der Weisheit letzten Schluß zu sehen und wir bekennen uns offen zu der Möglichkeit einer Aufgabe von Souveränitätsrechten zugunsten einer überstaatlichen Ordnung, aber nur in dem Umfange, in dem die anderen Beteiligten ihre Souveränitätsrechte ebenfalls reduzieren. Die innere und auch zu Opfern bereite Zugehörigkeit zu Europa steht für die grosse Mehrzahl der Deutschen ausserhalb jeder Diskussion". Hier nahm Dr. Schumacher für die Sozialdemokratische Partei als die einzige in Deutschland in Anspruch, dass die Mitgliedschaft zu ihr unvereinbar sei mit dem Spiel mit der östlichen Karte. "Sie ist auch die einzige in diesem Lande, die sich durch die Lockungen des Roten Handels nicht von der politischen Linie abbringen lässt, die einzige, die gegen eine Rapollo-Politik oder auch nur eine Rapollo-Legende geschlossen auftritt." Die Spaltung Deutschlands aber könne man nur dadurch überwinden, dass man das Thema unentwegt auf der Tagesordnung behalte-"davon müssen wir besessen sein, wenn wir unsere Pflicht als Sozialdemokraten tun wollen."

Schumacher setzte sich dann mit dem von dem bekannten Politiker Grafen Coudenhove-Kalergi in letzter Zeit besonders propagierten Begriff eines erneuerten Reiches Karls des Grossen auseinander, wobei das kritische Wort von einem "Dilettantismus des politischen Projektierens" fiel. Gerade das Reich Karls des Grossen bzw. seine Teilung sei die Ursache des deutsch-französischen Gegensatzes geworden. Und es habe in der Zeit seiner Einheit eine Ostgrenze gehabt, die dem Verlauf des heutigen Eisernen Vorhanges sehr ähnlich war. "Wir erklären heute bereits mit grösster Entschiedenheit, dass wir diese Idee bekämpfen werden, denn sie beinhaltet die Anerkennung Deutschlands zu seiner eigenen Teilung." Und er fügte hinzu: "Wir haben mit den deutschen Nationalisten nicht konkurrieren können und nicht konkurrieren wollen in Dingen der Proklamierung des Nationalgefühls mit starken Worten. Wir wollen uns vor demselben Fehler bei der europäischen Diskussion hüten. Wir wollen sachlich,

genau - und wenn es geht - vorausschauend argumentieren, aber wir wollen nicht deklamieren".

Dr. Schumacher ging dann näher auf die Form ein, die heute der europäische Gedanke gefunden hat, den Europarat. Er erklärte dazu: "Der Europarat in seiner heutigen Gestalt ist nicht identisch mit dem europäischen Gedanken schlechthin. Europa als ein Begriff der Zusammenarbeit freier Völker ist für die Sozialdemokratie ein hoher unerschütterlicher Wert in sich und an sich. Aber um diesen Wert von allen verderblichen Hüllen zu befreien, ist es notwendig, dass wir nicht alles als Europa anerkennen, was die Nationalisten von gestern und die Neueuropäer von heute uns als Europa deklariert verkaufen wollen."

Im engsten Zusammenhang mit dieser Frage steht nach sozialdemokratischer Auffassung die Behandlung des Saarproblems. Wenn man, so erklärte Dr. Schumacher, der Sozialdemokratie vorwerfe, dass sie von der Erledigung der relativ geringfügigen Saarfrage das entscheidende Problem der Einstellung zu Gesamt-Europa abhängig mache, so müsse man darauf erwidern, dass diese Verbindung nicht die Sozialdemokratie, sondern im Juli 1949 die französische Regierung hergestellt habe. "Das war, europäisch gesehen, ausserordentlich kurzichtig. Der tiefere Grund, weshalb die Sozialdemokratie in dieser Frage eine so entschiedene Haltung einnehme und so wenig zu Konzessionen bereit sei, ist nach Schumacher die Tatsache, dass durch die gewünschte selbständige Eingliederung des Saargebietes in den Europarat ein Prinzip, das heilig sein sollte, eklatant verletzt werde. Denn ein solcher Schritt stehe im klaren Gegensatz zu den Bestimmungen, die sich der Europarat selbst gegeben habe. Für die Sozialdemokratie stehe bei dieser ganzen Frage der unverzichtbare Grundsatz zur Diskussion, das Europa nur auf der Grundlage der europäischen Solidarität und Kameradschaft freier Völker aufgebaut werden könnte und dass es seine Funktionen gegenüber dem Osten nur mit einem Maximum an demokratischer Aufrichtigkeit und Durchschlagskraft erfüllen könne, keinesfalls aber als Bestandteil einer Sieger-Besiegten-Konstruktion. Wenn die Bundesregierung immer wieder mit dem Hinweis operiere, dass die Saarfrage endgültig erst durch den Friedensvertrag gelöst werden könne, so grenze das an Irreführung. Denn einmal würden die Franzosen, wie ihm, Schumacher, der französische Aussenminister selbst erklärt habe, gerade auch im Friedensvertrag sehr entschieden ihre Saaranprüche vertreten und zum anderen wisse niemand, in wieweiter Ferne ein solcher Friedensvertrag mit Deutschland liege.

Schumacher bestritt mit Entschiedenheit, dass sich aus einem deutschen Fernbleiben von Strassburg schwerwiegende politische Konsequenzen ergeben würden. Niemand könne es sich leisten, den Versuch zu machen, in einem solchen Fall Deutschland gewissermassen aus Europa herauszuwerfen und die Deutschen seien auch nicht gewillt, sich von Europa abdrängen zu lassen, zumal dann nicht, wenn es sich um eine einwandfreie Verkörperung dieses Begriffes handeln würde. Im übrigen befände sich Strassburg als Institution "im Stadium des Beginnens einer leichten Schrumpfung seiner Bedeutung". Das Schwergewicht verlagere sich immer sichtbarer auf Institutionen, die das grössere atlantische System vertreten. Würde die deutsche Aussenpolitik nach den Rezepten der Regierung handeln, so hätten wir für Strassburg schon Trümpfe aus der Hand gegeben, die wir vor allem noch bei der Behandlung der atlantischen Fragen und der Eingliederung Deutschlands in sie benötigen. In diesem Zusammenhang kam Schumacher

kurz auf das Problem der Wiederaufrüstung zu sprechen, die er abermals ohne Vorbehalt ablehnte. Bei seiner Feststellung, dass die Sozialdemokratie alles tun werde, um vor allem die deutsche Jugend vor neuen sinnlosen Opfern zu bewahren, fand er ganz besonders starken und anhaltenden Beifall bei seinen Zuhörern.

Abschliessend erklärte Schumacher zu diesem Thema, "Europa ist Deutschland sehr viel wert, aber es muss den anderen ebensoviel wert sein. In diesem Sinne ist unser Standpunkt in der Saarfrage unverzichtbar. Es ist unsere Pflicht, von dieser klaren Linie nicht abzugehen. Die Zeit ist, wie verschiedene Anzeichen erkennen lassen, nahe, in der auch wesentliche Kräfte ausserhalb Deutschlands beginnen, der deutschen Sozialdemokratie für diese ihre bestimmte Linie einer entschlossenen demokratischen Selbsterhaltung dankbar zu sein".

Dr. Schumacher wandte sich dann dem Petersberger Abkommen zu. Die Probleme dieses Abkommens seien heute noch nicht gelöst, die Kette der Demontagen noch nicht abgerissen. In Watenstedt-Salzgitter, in Essen usw. werde immer noch demontiert. Dieser Prozess sei für Deutschland gefährlich, er sei aber nicht stärkend für die, die meinen, damit Politik zu machen. Das Petersberger Abkommen sei auf deutscher Seite ein autoritärer Regierungsakt, der gegen den klaren Wortlaut des Grundgesetzes verstosse. Es lege daher der Sozialdemokratie keine Verpflichtungen auf.

Längere Ausführungen widmete Dr. Schumacher sodann dem Schuman-Plan. In einem ähnlichen Zusammenhang habe auch hier die Sozialdemokratie gegenüber der französischen Initiative einen zeitlichen Vorsprung. Er selbst habe am 10. März einen Vorschlag unterbreitet, dem ein deutsch-französischer Freundschaftsvertrag mit Wirtschaftsabkommen zugrunde lag. Wörtlich sagte Dr. Schumacher: "Ich begrüesse den Vorschlag Schumans als den Versuch, zum ersten Mal aus der Periode pathetischer und unproduktiver Deklamationen in den Versuch einer Realisierung von sachlich und ökonomisch Notwendigem zu kommen". Leicht sarkastisch fügte Schumacher hinzu, dass der Vorschlag Schumans den Vorzug habe, von französischer Seite zu kommen und nicht die Marke "Made in Germany" zu tragen. Jedoch der Schuman-Vorschlag ist ein Rahmenvorschlag und über das Bild wissen wir alle noch nichts. Bilder aber kauft man des Bildes und nicht des Rahmens wegen. Ich bitte, die Dinge auf deutscher Seite so realistisch zu betrachten wie die Franzosen. Die Franzosen haben mit keiner Silbe angedeutet, dass der Schuman-Vorschlag mehr ist, als ein Vorschlag und dass man selbst über den Inhalt noch materielle Aussprachen führen muss. Ein ernstgemeinter Vorschlag verdient, ernst geprüft zu werden. Bloss ist es falsch, diese Prüfung zu ersetzen durch einen Hurratriotismus". Die Bundesregierung aber benutze offensichtlich ohne volle Kenntnis der Dinge den Schuman-Vorschlag, "um sich am Schwanz des stärkeren französischen Gaulles durch das Portal des Strassburger Rates schleppen zu lassen".

"Wir wünschen keine Koppelung der Frage des Europarates mit dem Schuman-Plan", rief Dr. Schumacher unter Beifall aus. Warum, so fragte Dr. Schumacher, warum informiere die Bundesregierung die deutsche Öffentlichkeit nicht über den Charakter des ganzen Planes, warum sage sie nichts über die Art der französischen Legitimation und vor allem nichts über die Stimme der französischen Sozialisten. Man erzeuge immer wieder nur Stimmung und rede nicht zur Sache. Die deutsche Sozialdemokratie jedenfalls bringe weder der Schwerindustrie in Deutschland, noch in Frankreich Vertrauen entgegen. Die Sozialdemokratie sei zu einer sachlichen Prüfung des Planes bereit, sie sei nicht bereit, eine Politik als europäisch anzusehen, wie sie jetzt der Bundeskanzler treibe, der den Plan billige und nachher eine Studienkommission zur Prüfung des Vorschlags einsetze. Die Entschlossenheit Frankreichs und Englands sei von viel

grösserer Bedeutung als das, was der Bundeskanzler vorhabe. Die Welt werde zwar den guten Willen der Bundesregierung entgegennehmen, aber sie sei sich bewusst, dass eine Realisierung des Planes ohne die Zustimmung der SPD sehr wenig bedeutsam sei. Der Vorschlag habe sich an das ganze deutsche Volk gewandt, vor allem auch an die Sozialdemokratie. Die Bundesregierung aber habe den Vorschlag so entscheidend verbogen, dass man ohne Übertreibung vom Beginn einer Fälschung sprechen könne.

Die Franzosen hätten selbst erklärt, dass der Vorschlag ein politischer Vorschlag sei, darum könne man die Entscheidung darüber nicht den Sachverständigen überlassen. Zwar seien auch Abgeordnete in der Studienkommission, aber kein einziger davon sei Sozialdemokrat. Die wenigen Gewerkschaftler stünden einer Vielzahl von Sachverständigen gegenüber, die nichts anderes seien als Interessenten. Diese Sachverständigen würden die SPD überhaupt nicht binden.

Der französische Journalist Pertinax habe erklärt, Grossbritanniens Teilnahme an diesem Plan sei wegen der englischen Politik der Vollbeschäftigung und der hohen Löhne nicht möglich und, so fügte Dr. Schumacher hinzu, "die sozialdemokratische Politik in diesem Lande wird immer die Politik der Vollbeschäftigung, der höheren Löhne und der Sozialisierung sein". Die deutsche Arbeiterbewegung habe keine Veranlassung, das deutsche Volk in eine Konstellation zu führen, wo es mit anderen Völkern konkurrieren müsse und dadurch in die Isolierung gedrängt werde. Die SPD werde auf dem Recht des deutschen Volkes beharren, die Frage des Eigentums seiner Schwerindustrie selbst zu bestimmen und dieses Eigentum selbst zu verwalten. Der grosse Übereifer der Schwerindustrie scheine darin zu liegen, im Schuman-Plan eine Eventualität des Ausweichens vor dem Mitbestimmungsrecht und der Sozialisierung zu erblicken. Die Sozialisierung aber sei die beste Garantie des europäischen Friedens. Eindeutig verschwinden müsse die Idee eines "einseitigen Internationalisierens der deutschen Schwerindustrie. Eine Realisierung des Schuman-Vorschlages und ein Weiterbestehen des Ruhrstatuts sind unvereinbar miteinander. Das eine oder das andere - beides zusammen ist in sich eine Unwahrheit, die wir ablehnen".

Alle diese Probleme könnten nicht diskutiert werden, ohne immer wieder nach dem deutschen Osten und nach der deutschen Einheit zu sehen. Das sei die kardinale Aufgabe der SPD für die Entwicklung der nächsten Jahre. In diesem Zusammenhang erhob Dr. Schumacher erneut die Forderung nach freien demokratischen Wahlen in ganz Deutschland. Das aus diesen Wahlen hervorgehende Parlament müsse eine Regierung in Berlin bilden, damit alle 18 Länder und auch die Menschen in der Ostzone geschützt werden können. "Wir müssen Pankow ausschalten und Bann auf die höhere Ebene heben, wenn eine solche Regierung den kommenden sozialen, nationalen und internationalen Aufgaben gerecht werden soll." Die SPD bedauere, dass die Bundesregierung ihre Aufgabe hinsichtlich der deutschen Einheit und der Stützung Berlins nicht voll begriffen habe und der "partikularistischen Konkurrenz" bei der Einrichtung von Behörden Raum gegeben habe. Man könne nicht mit dem Rechenstift eines Finanzbeamten ein Problem lösen, das von A bis Z ein politisches Problem sei. Berlin sei der Anspruch der Demokratie auf ganz Deutschland. Man müsse aus dem Stadium heraus, in dem manche Kreise rechts von der SPD beharrten, dass der Schutz Berlins eine patriotische Pflicht der Amerikaner sei. Das sei in erster Linie eine deutsche Frage. Darum sei erneut zu fordern, dass Berlin als 12. Land in die Bundesrepublik eingegliedert werde.

Den Nationalkommunismus könne man aber nicht abwehren mit der Stabilisierung des Kapitalismus und des Verdienestaates. Die soziale Passivität der Bundesregierung sei die Keimzelle des Faschismus und der

Diktatur. Der aus der sozialen Passivität kommende Mangel an Phantasie und Energie habe den Rechtsradikalismus in Westdeutschland zur Massenbewegung gemacht. Für die Rechtsradikalen, die im Hintergrunde warten, sei diese Periode nur der leere Raum zwischen zwei Diktaturen. Die grösste Gefahr für den demokratischen Staat besteht darin, dass die vom Leben Bedrängten als Lästige betrachtet werden. Es sei notwendig, die Stimme für die Rückkehr der zurückgehaltenen Kriegsgefangenen zu erheben. Ebenso notwendig aber sei es, aufgeschlossen zu sein und sozialpolitisch zu handeln für die, die schon zurückgekehrt seien. Zu diesen Notwendigkeiten gehöre der Einbau aller Menschen mit verringerten Lebenschancen in den Produktionsprozess. Das seien die Heimkehrer, die Kriegsoffer und die Ostvertriebenen. Man müsse sich vom Gruppenegoismus abwenden und auf eine Politik der Gemeinsamkeit konzentrieren, sonst werde man weder mit dem "Nationalistischen Militärkommunismus", noch mit dem Rechtsradikalismus fertig werden, die heute bereits miteinander liebäugeln. In diesem Zusammenhang zitierte Dr. Schumacher einen Brief Otto Strassers, in dem als Taktik empfohlen wird, dass die SPD sich verbrauchen müsse, um nicht später als nationale Opposition auftreten zu können. Mit sarkastischen Worten wandte sich der Vorsitzende der SPD auch dagegen, dass "manche Leute von einem früheren militärischen Dienstgrad jetzt einen politischen Führungsanspruch ableiten", der besonders auf einen Teil der Jugend verderblich sein könne.

"Wir müssen all' diesen jungen Menschen helfen, nicht nur bei der Ebnung des Weges zum Beruf. Das Problem hat sich längst weiter entwickelt. Es geht darum, dass die parteipolitische Vergangenheit junger Idealisten oder die erzwungene militärische Tätigkeit junger Menschen nicht zur persönlichen Diffamierung ausgenutzt werde. Wir können keinem einzelnen dieser jungen Menschen die Verpflichtung zur inneren Umkehr abnehmen, aber wir haben nicht das Recht, solche Menschen vom Leben und von der Gestaltung in der Politik abzudrängen." Jeder Demokrat habe die Pflicht, diesen jungen Menschen den Weg in die Politik freizumachen, da sie sonst dem Rechtsradikalismus anheimfallen.

Mit scharfen Worten kritisierte Dr. Schumacher den autoritären Kurs der Bundesregierung auf innen- wie auf aussenpolitischen Gebieten. Weit ausholend umriss er abschliessend die bisherige Politik der SPD, beginnend vom Nein zur Oder-Weisse-Linie bis zum Nein in der Saarfrage. Es gebe keine politische verschiedenen Graduierungen, es gebe keine Dinge politischer Moral und des Rechts, die man für verschiedene Zwecke brauche und zu verschiedenen Preisen führen könne. Prinzipien seien unvertauschbar und unauswechselbar. Diese Prinzipien übten die magnetische Kraft auf die unterdrückten Menschen des Ostens aus. Daher sage die SPD auch Ja zum vollen Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer. Diese Frage werde in der allernächsten Zeit eine ähnliche Rolle spielen wie der Kampf um das allgemeine Wahlrecht zur Zeit Ferdinand Lassalles. Die SPD könne der Bundesregierung in keiner Hinsicht die Priorität lassen, sie müsse selbst anregen und selbst vorangehen. Es sei allerdings bisher keine Kunst gewesen, in dieser Hinsicht einen Vorsprung vor der Regierung zu halten. Die Sozialdemokratie lebe nicht im luftleeren Raum. "Wir können und dürfen unsere Aufgabe nicht als eine Last empfinden, sondern als eine geistige Fahne, unter der wir für unsere Ziele als Volk und als Klasse kämpfen dürfen. Wir müssen in jeder Situation den Mut haben, für die eigenen von uns erdachten Konzeptionen einzutreten. Es gibt nur eine Freiheit für alle Menschen - eine Wahrheit und eine Freiheit!"

## Die Tätigkeit der Bundestagsfraktion

-----  
 Bericht Erich Ollenhauers

Der stellv. Vorsitzende der SPD, Erich Ollenhauer, umriss die ihm gestellte Aufgabe als eine ergänzende Darstellung zum Referat Schumachers und zwar durch Schilderung der praktischen parlamentarischen Arbeit der sozialdemokratischen Fraktion in Bonn in der Zeit seit der Gründung der Bundesrepublik, also in den letzten neun Monaten.

Er unterstrich den bekannten sozialdemokratischen Standpunkt, dass Bonn ein Zwischenstadium sowohl im Hinblick auf die Verwirklichung der deutschen Einheit, als auch auf die Beschränkung der deutschen Souveränität ist, die sich bis heute aus dem Besatzungsstatus ergibt. Nach einer Unterbrechung von so langen Jahren sei der Start zu neuer echter parlamentarischer Arbeit viel grösseren Schwierigkeiten begegnet, als man angenommen habe. Ollenhauer richtete in diesem Zusammenhang Angriffe gegen die völlig unzulängliche Geschäftsführung des Bundestagspräsidenten, der ein "Präsident der Regierungsmehrheit und nicht des ganzen Hauses" sei. Eine weitere bittere Tatsache nannte er die Neigung der ersten Regierung der Bundesrepublik zu autokratischem Handeln gegenüber dem Parlament. Hier könne nur ständige Wachsamkeit helfen. Vor allem habe sich diese Einstellung auch sehr nachteilig auf weite Teile der Bürokratie ausgewirkt, die gegenüber dem Parlament und seinem Repräsentanten eine zunehmend arrogante Haltung einnehme.

Es gäbe kein planmässiges Zusammenspiel zwischen Regierung und Parlament. Jede grosse Debatte sei immer nur auf Drängen der Opposition zustande gekommen. " Unser Misstrauen gegen die innere demokratische Bereitschaft dieser Regierung ist so gross, dass wir nicht bereit sind, auch nur den leisesten Verstoss gegen bestehende Bestimmungen ohne Anrufung der verfassungsmässigen Kontrollinstanzen passieren zu lassen." Ollenhauer wiederholte die Ankündigung, die gesetzmässige Verbindlichkeit der Unterschrift des Bundeskanzlers unter das Petersberger Abkommen durch den Verfassungsgerichtshof überprüfen zu lassen.

Leider sei auch das Verhältnis zwischen Parlament und Bevölkerung sehr besserungsbedürftig. Einen grossen Schuldanteil daran maB Ollenhauer einer auf blosser Sensationshascherei abgestellten Richterstattung aus und über Bonn zu. Notwendig sei, den Alltag der praktischen parlamentarischen Arbeit den Menschen wieder als eine positive Leistung nahezubringen. Nach einer Darstellung der parlamentarischen Situation bei der Entstehung der Regierung erklärte Ollenhauer: "Für uns bedeutet Opposition nicht blosses Negieren der Politik der Regierung. Unsere Opposition von heute soll und wird unser Regierungsprogramm von morgen sein. Durch unser praktisches Verhalten in der Opposition müssen wir in den Wählern das Vertrauen wecken, dass wir morgen, wenn wir in der Regierung sind, das tun und durchsetzen, was wir heute in der Opposition fordern. Das ist in erster Linie eine grosse Verpflichtung für uns selbst."

Ollenhauer führte drei Themenkreise an, die für die innerpolitische Arbeit wesentlich waren und sind:

1. Durchführung einer aktiven Politik zur Wiederherstellung der politischen und wirtschaftlichen Einheit Deutschlands,
2. Aufbau eines demokratischen Staatswesens in Gesetzgebung und Verwaltung,
3. Durchführung einer Wirtschafts- und Sozialpolitik, die die Folgen des Hitlerkrieges überwindet und die Lasten des verlorenen Krieges gerecht verteilt, so dass alle Menschen in Deutschland Brot, Arbeit und ihr Auskommen haben.

In allen drei Fragen, so wies Ollenhauer im einzelnen nach, habe die Regierung völlig unzureichend gearbeitet. Der generelle Vorwurf der SPD gegen sie sei, dass sie zu ihrer Lösung teilweise nicht fähig, zum Teil aber auch nicht willens sei. Leider gäbe es in Westdeutschland recht massgebliche Kreise, die sich in dem Provisorium der westdeutschen Bundesrepublik sehr wohl fühlen und die kalt und nüchtern eine Politik der Verewigung dieses Provisoriums betreiben.

Alle entscheidenden Gesetzentwürfe, die die eigentliche Gesetzgebung, die Verwaltung, die Wirtschafts- und Sozialpolitik betreffen, seien sozialdemokratischer Initiative entsprungen, mit Ausnahme des Beamtengesetzes - "und das sieht auch danach aus" - und des Einkommensteuergesetzes, dessen reaktionärer Charakter unbestritten sei.

Gegenüber 1933 bestehe, so schloss Ollenhauer, ein grundlegender Unterschied insofern, als, wenn heute Adenauer stürze, z.Z. nachfolgebereit hinter ihm nicht eine die Demokratie zerstörende autoritäre Bewegung stehe, sondern ein Faktor der Erhaltung der Demokratie, die Sozialdemokratische Partei.

- o - o -

#### Die Aussprache

Als am Montag nachmittag, kurz nach 15.00 Uhr, die Diskussion über die Vormittagsreferate des Vorsitzenden in der Partei und seines Stellvertreters begann, hatten sich bereits 18 Redner eintragen lassen. Jedem Sprecher gesteht die Geschäftsordnung 10 Minuten Redezeit zu. Nach mehr allgemein gehaltenen Bemerkungen von Jacobi-Iserlohn begann die eigentliche politische Aussprache über das Kernthema des Referates von Kurt Schumacher. Zunächst sprachen zwei Vertreter der älteren Generation, der Hamburger Bürgermeister Max Brauer und der ehemalige Reichstagspräsident Paul Löbe, dann zwei Angehörige der jüngeren Generation, der Berliner Willy Brandt und der Hamburger Hans-Joachim Heydorn.

Diese Beiträge bestanden in ihrem Kern in der Ablehnung der von Dr. Schumacher befürworteten Politik, dem Europarat unter den gegenwärtigen Umständen, d.h. bei gleichzeitigem Beitritt des Saargebietes in diese Körperschaft zuzustimmen. Alle übrigen wesentlichen Gedankengänge aus der Rede Schumachers wurden im Grunde akzeptiert.

Brauer berief sich im wesentlichen auf Stellen aus dem Werk "Sozialismus und Krieg" von Karl Kautsky, die sich mit der gewandelten Bedeutung des Völkerbundes nach dem ersten Weltkrieg befassen. 'Wer nicht daran gewöhnt war' - so las Brauer vor, 'eine Einrichtung daraufhin anzusehen, welche Möglichkeiten und Aussichten sie in ihrem Schoos birgt, wer nur den Augenblick in Betracht zog, kam leicht zu der Überzeugung, der Völkerbund sei nur ein Instrument der Sieger. In den Ländern der Besiegten und auch der Neutralen war diese Anschauung lange

allgemein, selbst bei manchem Sozialisten fand sie Eingang, obwohl die Idee des Völkerbundes gerade ihren Anschauungen entsprach. Leider muss aber jeder Politiker, der fruchtbare Arbeit leisten will, stets mit den jeweiligen Machtverhältnissen rechnen, nicht um sie willenlos hinzunehmen, sondern um die eigenen Grundsätze auch gegen sie, wenn das möglich ist, durchzusetzen'. Brauer war der Ansicht, dass in dieser Darlegung durchaus eine Parallele zu Strassburg zu sehen sei, welches er den "Ausgangspunkt grosser Möglichkeiten" nannte. Er lehnte die Ansicht ab, dass man zur jetzigen Regelung der Saarfrage Ja sage, wenn man nach Strassburg gehe.

Paul Löbe erklärte, zu Kurt Schumacher gewandt: "Ich wünschte, dass Du Deine faszinierende Rede nicht nur in Hamburg oder in Bonn, sondern in Strassburg hältst". Die Vereinigten Staaten von Europa seien ein so grosses Ziel, dass man sich auch durch Geburtswehen und Kinderkrankheiten oder durch Fehler von irgendwelchen Adenauern nicht abhalten lassen sollte, die europäische Strasse auch über den gewiss unzulänglichen Europarat zu gehen. Er wies darauf hin, dass die Jugend nach allen ihren Enttäuschungen vor allem am Ideal eines geeinten Europa festhalte und er wünschte, dass der Jugend dieses Ideal nicht aus der Hand geschlagen werde.

Willy Brandt-Berlin war der Ansicht, dass ein Aktions- und Arbeitsprogramm, das den Weg vom Propagandistischen und überwiegend Polemischen zum Konstruktiven zeigt, zum Allervordringlichsten gehöre, was die Partei zusammenbringen müsse. Zu zwei Dritteln könne er den Ausführungen Kurt Schumachers voll folgen, im letzten Drittel allerdings, der Frage des Beitritts zum Europarat, sei er anderer Ansicht. Wo immer erkennbare Ansätze sind, ein neues Europa nach demokratischen Vorstellungen zu schaffen, müssten sie ergriffen und weiter entwickelt werden, auch wenn es zunächst nicht sofort die beste Möglichkeit einer sozialistischen Lösung in Europa gäbe.

Hans-Joachim Heydorn nannte den Europaplan einen ersten Versuch, unter neuen staatsrechtlichen Formen eine europäische Zusammenarbeit zu schaffen. Er sei nicht abgeschlossen und habe alle Entwicklungsmöglichkeiten in sich. In ihm habe der demokratische Sozialismus vielleicht eine letzte echte Chance. Man könne gegen den Europarat und den Schuman-Plan gewiss vieles sagen - aber wo sei die sozialistische Alternative zu diesen Plänen?

Nachdem Willi Eichler-Köln sich vorbehaltlos für die Politik Dr. Schumachers ausgesprochen hatte, erklärte Professor Carlo Schmid-Tübingen, dass vom deutschen Volk noch viele Opfer im Interesse des höheren Ganzen verlangt werden müssten. "Wir können aber die sittliche Forderung solcher Opfer nicht vertreten, wenn sie nur von uns verlangt werden". Das sei nicht Rechthaberei, sondern habe die Befürchtung zum Grunde, dass Europa verlorengehe, wenn es nicht gelinge, die Demokratie in Deutschland kreditwürdig zu erhalten. Die bisherige Behandlung der Saarfrage sei eine "Machtverschiebung kurz vor Torschluss". Strassburg sei nicht geschaffen worden für den Austrag solcher Fragen. Von allen Faktoren, die zum zweiten Weltkrieg geführt haben, halte er für den wichtigsten, "dass uns zu hastig Unterschriften aufgezwungen wurden, die den Grund zu einer Politik des Revisionismus legten".

Anni Kranhstöver-Kiel erklärte, dass man im Interesse der Ostvertriebenen nur die Konzeption Dr. Schumachers unterstreichen könne. Ebenso sprach sich Otto Bach-Berlin für die Politik Dr. Schumachers aus. "Wir wollen nicht ein Europa um jeden Preis, sondern ein neues, das einen sozialen Inhalt hat".

- o - o -

Verantwortlich: Peter Raunau